

**Erste Reaktion der EFBH auf die COVID-19-Krise**

**Antrag an den Exekutivausschuss der EFBH**

Die COVID-19-Krise ist in eine europäische und weltweite Gesundheitskrise gemündet. In den meisten Ländern gilt eine "Ausgangssperre" oder es herrscht ein kompletter Lockdown. Die Krise droht sich zu einer tiefen sozialen und wirtschaftlichen Krise auszuweiten, und die Debatte über die Krisenmaßnahmen (auch für danach) wird immer politischer. Die EFBH fordert einen Paradigmenwechsel auf der Grundlage eines sozialen Grünen Deals für die EU, d.h. wir brauchen mehr und kontinuierliche Investitionen in die europäische Infrastruktur und in die ökologische und soziale Transformation der europäischen Wirtschaft. Kein einziger Arbeitnehmer darf im Stich gelassen werden!

***Gesundheit kommt vor Profit!***

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer und ihrer Familien, aller Bürgerinnen und Bürger, haben höchste Priorität.

Die EFBH und ihre Mitgliedsverbände sind sehr besorgt über die Tatsache, dass viele ArbeitnehmerInnen in unseren Sektoren:

* nicht von zu Hause aus arbeiten können;
* nicht die Anforderungen an die soziale Distanzierung erfüllen können;
* nicht über die erforderliche Schutzausrüstung verfügen, keine angemessen gestaltete Uniform tragen oder an Orten mit sehr einfachen oder gar keinen hygienischen Einrichtungen, sanitären Anlagen usw. arbeiten;
* Mütter und Väter sein und sich um Kinder kümmern müssen;
* entsandte Arbeitnehmer oder Wanderarbeitnehmer sind und oft in Gruppen in sehr einfachen Unterkünften zusammenleben müssen.

Die Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, für die Einhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften zu sorgen. Die EFBH besteht darauf, dass alle Arbeitsplätze einer detaillierten Gefährdungsbeurteilung unter voller Einbeziehung der Gewerkschaften unterzogen werden, wobei die erforderlichen Maßnahmen, Verfahren und die Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung vereinbart und umgesetzt werden. Insbesondere auf Baustellen dürfen die Arbeiten nur dann fortgesetzt werden, wenn die geltenden Vorschriften hinsichtlich Hygiene und sozialer Distanzierung von allen Beschäftigten strikt eingehalten werden können. Dies muss durch Kontrollen und Sanktionen sichergestellt und durchgesetzt werden. Es besteht auch Bedarf an spezifischen Hygienemaßnahmen für Frauen, angefangen bei separaten Toiletten.

Den Sozialpartnern kommt in dieser beispiellosen Krise eine Schlüsselrolle zu. Die EFBH hat gemeinsam mit den europäischen Arbeitgeberverbänden im [Baugewerbe](https://www.efbww.eu/stream/52d3c8d9-8ffc-494c-8be0-f112dcb5e53c) (FIEC) und in der [Holz- und Möbelindustrie](https://www.efbww.eu/stream/4d1ccab2-7f8f-405a-adfe-b01278b55283) (CEI-Bois, UEA, Efic, EPF und EOS) einen Aufruf für angemessene Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene lanciert.

Vielen unserer angeschlossenen Mitgliedsverbände ist es gelungen, spezifische Vereinbarungen abzuschließen, die die sichere Fortsetzung der industriellen Aktivitäten unter strikter Einhaltung der auferlegten Maßnahmen ermöglichen. Oder, falls dies nicht möglich war, einigten sie sich gemeinsam auf Maßnahmen zur vorübergehenden Arbeitslosigkeit im Falle einer vorübergehenden, vollständigen oder teilweisen Einstellung der Tätigkeit. Ein Überblick über die Maßnahmen in unseren Sektoren ist auf der [Website der EFBH](https://www.efbww.eu/publications-and-downloads/press-releases/covid-19-efbww-info-from-and-for-efbww-affiliates/481-a) verfügbar.

Die europäischen Institutionen und die einzelnen Länder bereiten derzeit ihre Ausstiegsstrategien vor. Die EFBH fordert einen schrittweisen, umsichtigen, gut koordinierten und vorausschauenden Plan, der die Gesundheit der Arbeitnehmer umfassend schützt und die weitere Ausbreitung des Virus minimiert, wenn die Arbeitnehmer an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Damit dies erfolgreich sein kann, brauchen wir einen sektoralen Ansatz, der die unterschiedlichen Realitäten und geschlechtsspezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Die Gewerkschaften sollten aktiv an allen Diskussionen und an der Umsetzung jeglicher Ausstiegsstrategie beteiligt werden.

***Aufmerksamkeit für die dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisse von Arbeitnehmern und Unternehmen!***

In ganz Europa sind das Baugewerbe, die Baustoffindustrie sowie die Holz- und Forstwirtschaft sehr stark von der Krise betroffen. In einigen Ländern sind unsere Sektoren völlig zum Erliegen gekommen. Zahlen über die besondere Situation weiblicher Beschäftigter liegen nicht vor.

Gemeinsam mit den europäischen Arbeitgeberverbänden in unseren Sektoren hat die EFBH die nationalen und europäischen Behörden aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser COVID-19-Krise abzumildern und einzudämmen.

Die EFBH fordert:

* dass die nationalen und europäischen Behörden allen Arbeitnehmern, die nicht weiterarbeiten können, weil sie krank sind, weil ihr Betrieb aus hygienischen Gründen geschlossen wurde oder weil sie für ihre Familie oder Kinder sorgen, ein angemessenes Einkommen garantieren;
* dass alle Arbeitnehmer schnellen und uneingeschränkten Zugang zu Maßnahmen zur Bekämpfung der vorübergehenden Arbeitslosigkeit haben;
* um unangemessene negative Auswirkungen auf das Einkommen zu vermeiden, fordert die EFBH die nationalen Behörden außerdem auf, sich darum zu bemühen, die Kluft zwischen den tatsächlichen Löhnen der Arbeitnehmer und den Kurzarbeitleistungen zu verringern. Das neue Instrument zur [vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Ausnahmesituationen (SURE)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_572) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt. Gemeinsam mit dem EGB und seinen Mitgliedsverbänden setzt sich die EFBH bei den EU-Institutionen und nationalen Regierungen dafür ein, SURE so schnell wie möglich zu unterstützen und umzusetzen. Die von SURE unterstützten Kurzarbeitmaßnahmen sollten alle Kategorien von Arbeitnehmern abdecken, einschließlich atypischer Arbeitnehmer, Selbständiger und gefährdeter Kategorien, wie prekäre Arbeitnehmer, nicht angemeldete Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer, und sollten eine Einkommensentschädigung von möglichst nahezu 100% bieten.

Die EFBH und ihre angeschlossenen Mitgliedsverbände sind besonders besorgt über die Tatsache, dass viele Arbeitnehmer in unseren Sektoren häufig mit prekären Arbeitsverträgen arbeiten, wie z.B. entsandte Arbeitnehmer, (Schein-)Selbständige, Null-Stunden-Verträge, Zeitarbeitnehmer, Mini-Jobs oder Freiberufler. Arbeitnehmer, die keinen Anspruch auf vorübergehende Arbeitslosenunterstützung haben, sollten Zugang zu alternativen Maßnahmen haben. Wir können nicht akzeptieren, dass eine Kategorie von Arbeitnehmern ausgeschlossen wird oder in eine Armutsfalle gerät.

Die EFBH und die europäischen Arbeitgeberverbände unserer Sektoren haben die europäischen Institutionen aufgefordert, in einen offenen Dialog einzutreten, um geeignete Maßnahmen zu ermitteln und umzusetzen, die eine rasche Erholung von der Krise ermöglichen. Wir brauchen langfristige Investitionen in eine nachhaltige und gerechte Umgestaltung der Wirtschaft und eine grüne Infrastruktur, um langfristig Arbeitsplätze in unseren Sektoren zu schaffen und zu erhalten.

***Wer wird die Zeche zahlen?***

Die EFBH begrüßt die Entscheidung der Europäischen Kommission, einen "entspannteren" Ansatz bei Fragen im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen sowie haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen zu verfolgen. Die EFBH begrüßt auch den EU-Finanzhilfeplan für die von der COVID-19-Epidemie schwer heimgesuchten europäischen Länder und das SURE-Krisenprogramm für nationale Kurzarbeitsregelungen. Die EFBH fordert, dass all dies eine weniger ideologische und mehr soziale Herangehensweise an wirtschaftliche und steuerliche Angelegenheiten in der EU ankündigt. In diesem Zusammenhang fordert die EFBH eine rasche Einigung über einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), einschließlich eines Europäischen Erholungsfonds, wie er in der Eurogruppe diskutiert wurde. Der MFR sollte auf mindestens 2% des BIP angehoben werden, um sozial integrative und grüne Investitionen im gesamten Binnenmarkt zu finanzieren.

Die kollektive Reaktion auf die COVID-19-Krise hat die Grenzen marktbasierter Lösungen für die öffentliche Gesundheit und die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse deutlich aufgezeigt. Länder mit umfassenden öffentlichen Gesundheitssystemen, gut funktionierenden öffentlichen Diensten und soliden Sozialversicherungs- und Sozialschutzsystemen kommen mit der COVID-19-Krise viel besser zurecht. Gleichzeitig müssen die katastrophalen Folgen der Einsparungen in Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien jetzt allen klar sein.

Die EFBH fordert die Stärkung der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes in allen Mitgliedsstaaten. Unternehmen und Aktionäre müssen alle Steuern und Sozialabgaben zahlen, die zur Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen anfallen, die wir nicht nur in Krisenzeiten benötigen. Die EFBH fordert weiterhin eine rasche und ehrgeizige Überarbeitung der EU-Verordnung 883/2004 über die soziale Sicherheit, um entsandten Arbeitnehmern einen angemessenen sozialen Schutz zu bieten und Betrug durch Unternehmen zu bekämpfen, die für ihre entsandten Arbeitnehmer keine (oder weniger) Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die EFBH fordert die vollständige Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zu Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige (2019/C 387/01), um allen Arbeitnehmern uneingeschränkten sozialen Schutz zu gewährleisten.

Die EFBH unterstützt die Forderung nach einer groß angelegten und gut geplanten europäischen Investitionsstrategie zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Wir glauben, dass unsere Sektoren für eine rasche wirtschaftliche Erholung entscheidend sein werden und eine Schlüsselrolle beim gerechten Übergang zu einem kohlenstoffneutralen Europa im Jahr 2050 spielen können. Eine gut finanzierte COVID-19-Erholungsstrategie sollte als ein faires Übergangsinstrument zum Nutzen der Arbeitnehmer in allen unseren Betriebszweigen, insbesondere in den energieintensiveren Sektoren, konzipiert werden.

Die EFBH fordert die reichsten 1% auf, ihren Beitrag zu leisten, nicht durch Wohltätigkeit, sondern durch die Zahlung ihres gerechten Anteils. Die EFBH unterstützt alle Initiativen für eine gerechte progressive Besteuerung und zur Beendigung der gegenwärtigen Praktiken der massiven Steuerhinterziehung durch Offshore- und andere Steueroasen. Lux Leaks, Panama Papers, Offshore-Lecks und Skandale haben gezeigt, dass jedes Jahr Milliarden von Euro die EU verlassen, ohne besteuert zu werden.

Die EFBH fordert auch multinationale Unternehmen auf, ihren gerechten Anteil zu zahlen. Die EFBH unterstützt die Forderungen ihrer angeschlossenen Mitgliedsverbänden und der Mitglieder der Europäischen Betriebsräte, dass sich auch die Aktionäre bemühen müssen. Wie die EBR-Mitglieder von LafargeHolcim in einem Brief an die Zentrale Leitung erklärten: *"Unternehmen, und insbesondere große Konzerne, müssen volle Solidarität zeigen. Es wäre weder vernünftig noch gerechtfertigt, wenn Unternehmen Dividenden an ihre Aktionäre zahlen würden, als ob nichts geschehen wäre."*

Frauen sind dem Risiko ausgesetzt, den sozioökonomischen Folgen von COVID-19 stärker ausgesetzt zu sein. Es bedarf einer Strategie, um diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen abzuschwächen.

***Ein starkes, verantwortungsvolles und soziales Europa, das uns aus der Krise führt!***

Die EFBH und ihre angeschlossenen Mitgliedsverbände bedauern den anfänglichen Mangel an Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung einer Krise dieses Ausmaßes. Die COVID-19-Krise hat einige spezifische Schwächen und Unzulänglichkeiten unserer globalisierten Volkswirtschaften und des europäischen Projekts aufgezeigt. Wir brauchen ein stärkeres, demokratischeres, verantwortungsvolleres und sozialeres Europa.

Die EFBH und ihre angeschlossenen Mitgliedsverbände werden zu einer solchen Reflexion aus sektoraler Perspektive beitragen.

An dieser Stelle möchten die EFBH und ihre angeschlossenen Mitgliedsverbände auf folgende Punkte aufmerksam machen, die für uns von besonderer Bedeutung sind:

* Die Notwendigkeit einer neuen ehrgeizigen europäischen Gesundheits- und Sicherheitsstrategie, die die Lehren aus der Gesundheitskrise von Covid-19 berücksichtigt. Die EFBH fordert die Durchsetzung gemeinsamer EU-Standards für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der sektoralen und geschlechtsspezifischen Realitäten und ihrer strikten Umsetzung, Durchsetzung und Sanktionierung, einschließlich hygienischer und physischer Distanzmaßnahmen während einer Pandemie.
* Die übermäßige Abhängigkeit und Verwundbarkeit internationaler, globaler Wertschöpfungsketten. Die EFBH fordert eine nachhaltigere Industriepolitik für die Zukunft, insbesondere unter Berücksichtigung der großen Zahl von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen in unseren Branchen.
* Als Reaktion auf die Krise beschlossen mehrere EU-Mitgliedstaaten einseitig, ihre Grenzen zu schließen. In der Praxis ist der freie Personen- und Dienstleistungsverkehr zwischen einigen Mitgliedstaaten ausgesetzt worden. Dies zeigt, wie verwundbar der Binnenmarkt wirklich ist. In diesem Zusammenhang setzen sich die EFBH und ihre angeschlossenen Mitgliedsverbände für einen fairen Binnenmarkt ein, der auf der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer ohne jegliches Sozialdumping beruht. Dies ist umso wichtiger, wenn wir die zunehmende Propaganda fremdenfeindlicher Bewegungen und politischer Parteien gegen Migration und internationale Solidarität und für Protektionismus und Isolation sehen.
* Einige EU-Mitgliedstaaten nutzen die Gesundheitskrise, um autoritäre Herrschaft zu etablieren und grundlegende demokratische Grundsätze in ihren Ländern abzuschaffen. Die EFBH fordert die europäischen Institutionen und die anderen Mitgliedstaaten auf, diese Entwicklungen im Zentrum der EU nicht zu akzeptieren und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Demokratie, die demokratischen Rechte der Bürger und die Rechte der Arbeitnehmer, einschließlich des Rechts auf kollektive Maßnahmen, zu verteidigen.
* Die zunehmende Prekarität der europäischen Arbeitsmärkte, insbesondere in unseren Sektoren, und die wachsende Zahl von entsandten Arbeitnehmern, Scheinselbständigen, Null-Stunden-Verträgen, Verträgen auf Abruf, Zeitarbeitnehmern, Mini-Jobs oder Freiberuflern zeigt sich in dieser Krise von ihrer hässlichsten Seite. In diesen schwierigen Zeiten werden viele dieser Arbeitnehmer wie Verbrauchsgüter behandelt und haben über Nacht ihre Arbeit und ihr Einkommen verloren, ohne jeglichen - oder nur sehr geringen - sozialen oder sonstigen Schutz. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unseren fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern völlig im Regen stehen gelassen wird. Die EFBH fordert einen neuen europäischen Rahmen für menschenwürdige und qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes von Wanderarbeitnehmern. Eine Voraussetzung dafür ist die Aufhebung aller "außerordentlichen Maßnahmen", die auf nationaler Ebene im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise ergriffen wurden und sich negativ auf die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auswirken, einschließlich der Verlängerung der Arbeitszeit, der Erleichterung von Entlassungen oder der Einschränkung des Streikrechts.
* Das anhaltende Lohngefälle in unseren Sektoren zwischen verschiedenen EU-Ländern und das geschlechtsspezifische Lohngefälle schaffen ein Gefühl von europäischen Arbeitnehmern erster und zweiter Klasse. Dies untergräbt auch die Grundlagen des Binnenmarktes. Die EFBH unterstützt nachdrücklich die Forderung ihrer Mitgliedsverbände in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nach menschenwürdigen Löhnen und einer Aufwärtskonvergenz des Lohnniveaus.
* Um die Bedeutung der Sozialpartner und des sozialen Dialogs auf betrieblicher, sektoraler und nationaler Ebene zu unterstreichen, um robuste, nachhaltige Lösungen zur Bewältigung von (dringenden und kurzfristigen) Krisen zu finden und tiefere, langfristige Veränderungen in der Gesellschaft zu begleiten (z.B. Industrie 4.0, kohlenstoffneutrale EU), fordern wir die europäischen Institutionen und nationalen Regierungen auf, mehr in den Kapazitätsaufbau der sektoralen Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene und in andere Formen der Unterstützung des sozialen Dialogs zu investieren.

***Mehr Macht für die Gewerkschaften!***

Um all dies zu erreichen, brauchen wir mehr gewerkschaftliche Macht. Die EFBH wird weiterhin Strategien entwickeln, um den angeschlossenen Mitgliedsverbänden dabei zu helfen, ihre Tarifverhandlungskraft und Mobilisierungskapazitäten zu erhöhen. Die Stabilisierung der Mitgliederzahl und das Wachstum der Mitgliederzahl sind in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Die EFBH wird die Zusammenarbeit zwischen ihren angeschlossenen Mitgliedsverbänden weiterhin unterstützen und stärken, um die Macht der Gewerkschaften in einem grenzüberschreitenden und europäischen Kontext zu stärken. In multinationalen Unternehmen stellen die Europäischen Betriebsräte in dieser Hinsicht ein wichtiges Instrument dar. Es ist jetzt auch an der Zeit, neue Ideen und Wege zu entwickeln, um das Prinzip der Gleichbehandlung von Arbeitnehmern umzusetzen.

***Schlussfolgerung: Nicht mehr 'business as usual'***

*Die EFBH würdigt alle Bemühungen zur Bewältigung dieser Gesundheitskrise und zur Befriedigung der dringendsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Unternehmen. Kein einziger Arbeitnehmer darf im Stich gelassen werden!* *Die EFBH erwartet, dass die nationalen Regierungen und die europäischen Institutionen ihr Möglichstes tun werden, um zu verhindern, dass Europa und insbesondere der Bau- und Holzsektor in eine tiefe Rezession fallen. Der Europäische Grüne Deal sollte das Kernstück einer groß angelegten und gut geplanten europäischen Investitionsstrategie sein. Wir glauben, dass unsere Sektoren entscheidend zu einem gerechten Übergang zu einem kohlenstoffneutralen Europa im Jahr 2050 beitragen werden. Die EFBH wird ihre Verantwortung als europäischer sektoraler Gewerkschaftsverband und als verantwortlicher Sozialpartner in diesen Debatten wahrnehmen.*

***Es muss allen klar sein, dass wir nach dieser Krise nicht zum 'business as usual' zurückkehren können.*** ***Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel hin zu wirtschaftlicher Rationalität auf der Grundlage nachhaltiger Investitionen für wirtschaftliche Stabilität, Gleichstellung der Geschlechter und sozialem Zusammenhalt.***